

Studierendenparlament der RWTH Aachen
% AStA der RWTH Aachen
Pontwall 3
52062 Aachen

Ihr Ansprechpartner:
Adresse:
E-Mail:
Telefon:



Aachen, 03. Juli 2024

Forderung nach Beendigung der Umbrella Kooperation mit der Universität Technion in Haifa und

Liebes Präsidium,
liebe MdSP,

das Studierendenparlament möge folgende Resolution beschließen:

“Die RWTH ist verantwortlich dafür, dass ihre Forschungsprojekte und Kooperationen im Einklang mit den Werten der RWTH stehen und einen Beitrag zu einer nachhaltigen Welt leisten. Das Studierendenparlament fordert, dass sich die RWTH ausschließlich auf Forschung in zivilen Themenbereichen beschränkt. Dabei sind sämtliche Kooperationen, so auch die Umbrella Kooperation mit der Technion kritisch zu hinterfragen.

Das Studierendenparlament zeigt sich bestürzt über den schrecklichen Krieg im Nahen Osten und trauert um sämtliche zivile Opfer.

Wir verurteilen unmissverständlich alle Verstöße gegen das Völkerrecht durch alle Parteien, einschließlich der direkten Angriffe auf israelische Zivilisten und andere Staatsangehörige sowie Geiselnahmen durch die Hamas, ebenso wie die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen Israels, die vom internationalen Gerichtshof als plausibler Völkermord eingestuft werden.

Wir wünschen uns ein friedliches Verhältnis zwischen der israelischen und palästinensische Bevölkerung, in welchem keine Seite Repression oder Gewalt fürchten muss.

In diesem Kontext fordert das Studierendenparlament eine vorübergehende Aussetzung der Kooperation mit dem Technion. Die Zusammenarbeit soll erst nach dem Erreichen eines dauerhaften Waffenstillstands wieder aufgenommen werden.

Wir stellen uns entschieden gegen jeglichen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus und drücken unser Mitgefühl den vielen Studierenden gegen über aus, die von diesem Krieg direkt oder indirekt betroffen sind.

Das Studierendenparlament begrüßt demokratische und friedliche Initiativen und Proteste aus der Studierendenschaft und auf dem Campus der RWTH Aachen. Seit Jahrhunderten machen Studierende in Form von Protesten auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam und prägen den politischen Diskurs, in dieser Tradition möchten wir unsere Studierenden weiterhin zu Protest und demokratischen Diskurs ermutigen.

Das Studierendenparlament befürwortet Diskurse zwischen politischen Studierenden und Initiativen und dem AstA der RWTH Aachen, solange diese auf Augenhöhe und im Sinne der Meinungsfreiheit und gegenseitigem Respekt basieren. Wir stehen der Hochschulgesetz-konformen Zusammenarbeit zwischen politischen Studierenden und Initiativen und dem AstA offen gegenüber. Das Studierendenparlament unterstützt eine kritische Auseinandersetzung mit den Geschehnissen im Israel-Palästina Konflikt.”

Mit besten Grüßen

Wie unterstützen israelische Universitäten die Unterdrückung Palästinas durch Israel?

Die systematische Diskriminierung von Palästinenser*innen an israelischen Universitäten und die Unterdrückung des Bildungswesens in den palästinensischen Gebieten wird seit vielen Jahrzehnten dokumentiert [2]. Palästinensischen Bürger*innen wird der Zugang zur Bildung seit Jahrzehnten erschwert. Beispielsweise haben Universitäten die Einschreibung von Palästinenser*innen eingeschränkt und an Bedingungen geknüpft [3]. Obwohl mehr als ein Viertel der israelischen Staatsbürger*innen palästinensisch-arabisch sind [4], gab es laut Bericht der Human Rights Watch nur 5,7 % nicht-jüdische Absolvent*innen israelischer Universitäten [2]. Palästinensische Wissenschaftler*innen und Studierende werden systematisch ihrer Grundrechte beraubt, einschließlich der akademischen Freiheit, und sind häufig Inhaftierungen, der Verweigerung der Bewegungsfreiheit und sogar gewaltsamen Angriffen auf sie selbst oder ihre Einrichtungen ausgesetzt [5][6]. In den ersten Wochen der ersten palästinensischen Intifada (1987-1993) wurden alle palästinensischen Universitäten geschlossen [7], einige, wie die Universität Birzeit, für mehrere Jahre in Folge [8]. Einige israelische Universitäten, wie die Ariel Universität, sind ganz oder teilweise in den völkerrechtlich illegal besetzten palästinensischen Gebieten errichtet worden und verstoßen damit gegen das Völkerrecht [9, 10].

Warum ist besonders die Umbrella Kooperation infrage zu stellen?

Die Technion Universität in Haifa ist eine Institution, die enge Verbindungen mit der Waffenindustrie pflegt. Bereits in der Lehre werden Kurse auf die Anforderungen des israelischen Militärs maßgeschneidert [11]. Namentlich pflegt die Universität beispielsweise enge Kooperationen mit drei der vier größten israelischen Unternehmen der Waffenindustrie: Elbit Systems, Rafael Advanced Defense Systems, Israel Aerospace Industries (IAI) [12]. Gleichzeitig werben eben diese Unternehmen damit, dass ihre Produkte "kampferprobt" sind [13, 14, 15]. Waffen werden an Palästinenser*innen getestet und optimiert [16]. Dieser Prozess kostet immer wieder unschuldigen Palästinenser*innen ihr Leben [16]. Aus der Zusammenarbeit zwischen diesen Unternehmen und der Technion Universität sind unter anderem ein unbemannter Bulldozer [17] und eine Drohne entstanden, welche zwei 499 kg 'smart bombs' transportieren und abfeuern kann [18]. Beide Systeme wurden in Gaza eingesetzt [18]. Darüber hinaus sind 2500 Studierende und Mitarbeitende der Technion Universität in Gaza im Einsatz [19]. Die Technion Universität ist ein enger Partner der RWTH. Diese Partnerschaft beinhaltet ebenfalls einen Studierendenaustausch, sodass Studierende der RWTH bewusst oder unbewusst an der Entwicklung dieser Waffen beteiligt sind.

Dass diese Zusammenarbeit zwischen israelischen Forschungseinrichtungen mit den Militärbehörden ein erhebliches Risiko für Partneruniversitäten darstellt, haben unter anderem die Universität Antwerp und die Universität Leiden erkannt, die ihre Kooperationen mit israelischen Universitäten prüfen bzw. pausiert haben [20, 21].

Wann ist eine Kooperationsverweigerung auf institutioneller Ebene legitim – und wann nicht?

Eine Kooperationsverweigerung auf institutioneller Ebene umfasst eine Institution in der Gänze und zielt somit nicht auf Einzelpersonen ab. Das Camp lehnt es entschieden ab, die Kooperation mit Personen aufgrund ihrer Identität (z. B. Religion) oder ihrer Meinung zu

Begründung

Wie hängt dieser Antrag zusammen mit unserem vorherigen Antrag SP71-A106?

Das Students for Palestine Camp beantragte in der 10. ordentlichen Sitzung des 71. Studierendenparlaments, dass das Studierendenparlament eine Beendigung der Kooperation mit der Universität Technion in Haifa fordere. Das Studierendenparlament akzeptierte den Änderungsantrag SP71-A106 der GHG, in welchem, unter anderen Änderungen, folgende Formulierung ergänzt wurde:

“Wir verurteilen sowohl den Terror und Angriff der extremistischen und antisemitischen Terrororganisation Hamas in Israel, als auch die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen gegen das palästinische Volk durch Israel.”

Wir fordern nun, diese Formulierung des Beschlusses zu ersetzen mit folgender Formulierung:

“Wir verurteilen unmissverständlich alle Verstöße gegen das Völkerrecht durch alle Parteien, einschließlich der Angriffe auf israelische Zivilisten und andere Staatsangehörige sowie Geiselnahmen durch die Hamas, ebenso wie die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen Israels, die vom internationalen Gerichtshof als plausibler Völkermord eingestuft werden.”

Warum wird die Anpassung dieser Formulierung gegenüber dem Antrag SP71-E106 beantragt?

Die aktuelle Formulierung des Beschlusses SP71-E106, die durch den Änderungsantrag der GHG beantragt wurde, entspricht zwar in seinen Forderungen unserem ursprünglichen Antrag im Grundsatz, jedoch fällt die Verurteilung von Hamas und Israel in höchstem Maß unverhältnismäßig und wird den Verbrechen der beiden Seiten nicht gerecht. Die aktuelle Formulierung nennt im Zusammenhang mit Israel lediglich “Menschenrechtsverletzungen” und bringt Israel nur durch ihre Handlungen in Zusammenhang mit Verbrechen, während sie für Hamas fünf verschiedene Wörter benutzt, um Hamas in ihrem Wesen mit Verbrechen zu verbinden. Diese asymmetrische Darstellung spiegelt veraltete und rassistische Stereotypen von guten westlichen Staaten und bösen arabischen Staaten wider. Während die Angriffe auf und Geiselnahme von israelischen Zivilisten unmissverständlich zu verurteilen sind, müssen in gleichem Maße die Kriegsverbrechen Israels und der Verdacht des Völkermords benannt werden. Die UN spricht in einem Bericht vom 12.06.24 davon, dass die israelischen Behörden für die Kriegsverbrechen Aushungern als Mittel zur Kriegsführung, Mord oder vorsätzliche Tötung, vorsätzliche Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Objekte, sexuelle Gewalt, Folter und unmenschliche oder grausame Behandlung verantwortlich sind [2]. Der Antrag des internationalen Strafgerichtshofs auf Haftbefehl gegen den israelischen Regierungschef Benjamin Netanyahu ist Grund genug dafür, dass Israel nicht vor Kritik gegen begangene Kriegsverbrechen in Schutz genommen werden darf. Die Tatsache, dass der Internationale Gerichtshof den Vorwurf des Völkermords gegen Israel für plausibel erklärt hat, verpflichtet Deutschland als Teil der internationalen Gemeinschaft jede Maßnahme zu ergreifen um den Völkermord zu verhindern. Deutschland steht in einer besonderen historischen Pflicht, einen anhaltenden Völkermord zu verhindern und nicht weiter zu leugnen oder gar zu rechtfertigen.

verweigern und stützt sich dabei auf die Grundsätze des Völkerrechts und der universellen Menschenrechte. Es wird damit nicht zum Ende der Kooperation mit einzelnen israelischen Akademiker*innen aufgerufen, nur weil sie einer mitschuldigen Universität angehören. Außerdem werden israelische Unis durch Beendigung der Umbrella Cooperation nicht in ihrem Betrieb oder ihrer Autonomie eingeschränkt [22]. Im Vergleich dazu wird das palästinensische Bildungssystem gravierend durch die israelische Besatzung in der Westbank und die Militäroffensive im Gazastreifen eingeschränkt [2, 3].

Wenn es auf der ganzen Welt andere unterdrückerische Regime gibt, warum sollte ausgerechnet Israel infrage gestellt werden?

Die EU hat Sanktionen gegen eine Reihe von Staaten verhängt, darunter Russland [23] und Iran [24]. Trotz einer Vielzahl an Anklagen gegen Israel in verschiedenen nationalen und internationalen Gerichtsbarkeiten [25, 26, 27], bereits vor dem aktuellen Krieg, blieb Israel von Konsequenzen bisher verschont. Obwohl Deutschland und die EU eine klare Haltung zum illegalen Siedlungsbau einnehmen [28, 29], wurden bisher keine konkreten Maßnahmen getroffen, um Druck auf Israel auszuüben. Aktuell steht Israel wegen des Vorwurfs des Völkermords vor dem internationalen Gerichtshof [30]. Darüber hinaus beantragte der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsidenten und dessen Verteidigungsminister [31]. Der Forderung des Internationalen Gerichtshofs sofort die Großoffensive in Rafah zu stoppen [32], wurde ebenfalls nicht nachgekommen [33]. Angesichts der gravierenden Vorwürfe der systematischen Menschenrechtsverletzungen sind wir dazu verpflichtet, Worten Taten folgen zu lassen und etwaige Kooperation genauestens zu überprüfen bzw. mit sofortiger Wirkung zu stoppen.

Wir hoffen auf einen offenen, respektvollen und konstruktiven Dialog. Für Rückfragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung!

Mit besten Grüßen

Abdallah Walkad-Dour

Gesa Wortmann

Quellen

- [1] https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/06/israeli-authorities-palestinian-armed-groups-are-responsible-war-crimes?utm_source=sdrn%3Aavg%3Aarticle%3Axm4kyQ
- [2] <https://www.hrw.org/reports/2001/israel2/ISRAEL0901-01.htm>
- [3] <http://muse.jhu.edu/article/199768/pdf/>
- [4] <https://www.statista.com/statistics/1267491/total-population-of-israel-by-population-group/>
- [5] <https://www.theguardian.com/world/2009/jan/10/gaza-schools>
- [6] https://web.archive.org/web/20170706034654id_/http://muse.jhu.edu/article/199768/pdf/

[7]

<https://news.google.com/newspapers?nid=2199&dat=19881230&id=kUlyAAAAIBAJ&siid=HeYFAAAAIBAJ&pg=3400.6780177>

[8]

https://www.lemonde.fr/en/international/article/2024/01/05/west-bank-s-most-prestigious-university-once-again-navigates-teaching-during-wartime_6403346_4.html

[9] <https://www.gov.uk/government/news/foreign-office-minister-condemns-new-settlement>

[10] <https://jewishcurrents.org/the-complicity-of-israeli-academia>

[11] Towers of Ivory and Steel, Maya Wind, 2024

[12] <https://ece.technion.ac.il/industrial-affiliate-program/our-partners/>

[13] <https://www.youtube.com/watch?v=XPLzqHizs4g>

[14] <https://elbitsystems.com/product/mortars-systems/>

[15] <https://www.iai.co.il/defense/naval>

[16] <https://pulitzercenter.org/stories/cruel-experiments-israels-arms-industry>

[17] <https://www.ipost.com/israel/black-thunder-unmanned-dozers-to-play-a-greater-role-in-idf>

[18] <https://www.suasnews.com/2011/12/new-york-to-host-israels-top-drone-lab/>

[19] <https://www.technion.ac.il/en/2023/11/the-technion-supports-reserve-soldiers/>

[20]

<https://www.uantwerpen.be/en/research/policy/assessment-ethics-integrity/ethics-screening/mihrs/collaborations-israel/>

[21] <https://www.universiteitleiden.nl/en/news/2024/05/our-ties-with-israeli-universities>

[22] <https://www.theguardian.com/commentisfree/article/2024/jun/01/academic-institutions-boycott-israel-debate>

[23] <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions-against-russia/sanctions-against-russia-explained/>

[24] <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions-against-iran/>

[25]

<https://www.theguardian.com/world/2015/oct/21/former-israeli-prime-minister-sued-in-us-for-raid-on-gaza-flotilla>

[26]

<https://www.theguardian.com/world/2020/feb/21/gett-israeli-taxi-app-sued-for-service-used-to-avoid-arab-drivers>

[27] <https://www.timesofisrael.com/israeli-justices-sued-in-chile-over-west-bank-security-barrier/>

[28] <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/nahermittlererosten/besetzte-gebiete/2263564>

[29]

https://www.eeas.europa.eu/eeas/israel-palestine-statement-high-representative-new-illegal-settlement-plans_en

[30] <https://www.ici-cij.org/case/192>

[31]

<https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-aa-khan-kc-applications-arrest-warrants-situation-sta>

te

[32] <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240524-ord-01-00-en.pdf>

[33]

<https://www.savethechildren.net/news/least-66-people-including-children-killed-four-days-attacks-safe-zones-rafa>

h